

DEWR Bachelorseminar

Siegen, 10.08.2026

Wintersemester 2026 / 2027**„Aktuelle Themen des Deutschen und Europäischen
Öffentlichen Wirtschaftsrechts“**

Das Seminar widmet sich Grundfragen und aktuellen Entwicklungen im Öffentlichen Wirtschaftsrecht aus nationaler, europäischer und internationaler Perspektive. Die nachfolgenden Themen geben teilweise nur einen Rahmen vor, innerhalb dessen eine spezielle Thematik gewählt werden kann. Damit können zu einem Thema durchaus auch mehrere Seminararbeiten vergeben werden.

Das Seminar wird als **Blockveranstaltung** am **Freitag, den 22.01.2027** abgehalten, in der die mündlichen Vorträge nach Abgabe der Seminararbeiten gehalten werden.

Der Abgabetermin für die Seminararbeiten ist **Montag, der 14.12.2026**. Die Seminararbeiten müssen in einfacher gedruckter Ausführung sowie einer elektronischen PDF-Version abgegeben werden.

Auf die besondere Beachtung der **Formalvorgaben** wird noch einmal hingewiesen. Hierfür wird Ihnen im Seminar ein Leitfaden für die Erstellung von Seminararbeiten zur Verfügung gestellt. Neben der Einhaltung des Leitfadens und der Abgabefrist liegt ebenso ein besonderes Augenmerk auf einer selbstständigen, ordentlichen und umfänglichen **Literaturrecherche**. Hierfür wird von den Teilnehmenden erwartet, dass sie sich intensiv mit der einschlägigen Literatur befassen.

Hinweis: Die Frist für einen **Rücktritt von der Prüfung ohne Angabe von Gründen** gem. § 9 V FPO LL.B.-DEWR 2019 bzw. § 9 V FPO LL.B.-DEWR 2025 entspricht dabei der Anmeldefrist des Prüfungsamtes.

Raum und Zeit für die Vorbesprechung:

Montag, 12.10.2026

Raum US-D 312

14:00 – ca. 16:00 Uhr (s.t.)

Die Themenvergabe erfolgt während der Vorbesprechung. **Bitte machen Sie sich vor der Vorbesprechung mit den einzelnen Themen vertraut. Eine sinnvolle Themenwahl und -vergabe ist sonst nicht möglich.**

Die Teilnahme an der Vorbesprechung ist Vorbedingung für die Teilnahme am Seminar. Dies gilt in gleicher Weise für die Teilnahme an den Präsentationsterminen.

Mögliche Seminarthemen

1. Die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik Deutschland (Grundrechte und Staatsziele)
2. Wirtschaftslenkung durch „informales Verwaltungshandeln“
3. Enteignung (Art. 14 Abs. 3 GG) und Sozialisierung (Art. 15 GG) als Instrumente staatlicher Wirtschaftspolitik
4. Die Binnenmarktkompetenz der EU nach Art. 114 AEUV und die Berücksichtigung nicht-wirtschaftlicher Zielsetzungen
5. Die unmittelbare Drittwirkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit
6. Die wirtschaftsbezogenen Grundrechte der Grundrechtecharta (Art. 15 und 16 CRCh)
7. Staatliche Steuerung der Wirtschaftsordnung – Marktfreiheit vs. staatliche Eingriffe
8. Die Verhältnismäßigkeit von gewerbe- und gaststättenrechtlichen Untersagungen
9. Handlungsformen der Verwaltung im öffentlichen Wirtschaftsrecht
10. Die kommunale Daseinsvorsorge als kritische Infrastruktur
11. Die „Binnenmarktrelevanz“ bei der Vergabe öffentlicher Aufträge
12. Eingriffe in Wirtschaftsgrundrechte aufgrund des Klimaschutzes